

# Inhaltsübersicht

Vorwort .....	V
Inhaltsverzeichnis .....	IX
Abkürzungsverzeichnis .....	XXI
Einleitung .....	1
1. Teil: Grundlagen und Rechtsquellen .....	9
§ 1 Systematik und Rechtsquellen des europäischen Artenschutzrechts ...	9
§ 2 Systematik und Rechtsquellen des deutschen Artenschutzrechts .....	19
§ 3 Das Vorsorgeprinzip und das Nachhaltigkeitsprinzip sowie deren Bedeutung für das besondere Artenschutzrecht .....	39
§ 4 Klimaschutz und der Ausbau erneuerbarer Energien .....	49
2. Teil: Das artenschutzrechtliche Tötungsverbot bei der Genehmigung von Windenergieanlagen .....	75
§ 1 Einführung und Problemstellung .....	75
§ 2 Verfahrensrechtliche Aspekte und Umweltverträglichkeitsprüfung ...	78
§ 3 Rechtsdogmatische Einordnung des artenschutzrechtlichen Tötungsverbots und Regelungssystematik der §§ 44 ff. BNatSchG ...	104
§ 4 Anwendungsbereich und Tatbestandsvoraussetzungen des Tötungsverbots mit Fokus auf die Errichtung und den Betrieb von Windenergieanlagen .....	113
§ 5 Die Sachverhaltsermittlung bei der Prüfung des artenschutzrechtlichen Tötungsverbots im Genehmigungsverfahren von Windenergieanlagen .....	122
§ 6 § 44 Abs. 5 S. 2 Nr. 1 BNatSchG als Einschränkung des Tatbestands des artenschutzrechtlichen Tötungsverbots – eine Darstellung des Signifikanzkriteriums .....	136

## VIII

## Inhaltsübersicht

§ 7 <i>Verfassungswidrigkeit des § 44 Abs. 5 S. 2 Nr. 1 BNatSchG wegen Verstoßes gegen den allgemeinen Parlamentsvorbehalt?</i> .....	208
§ 8 <i>Windenergieanlagen im Rahmen der Ausnahmegründe des § 45 Abs. 7 BNatSchG</i> .....	247
3. Teil: Handlungsmöglichkeiten des Gesetzgebers .....	281
§ 1 <i>Ziel dieses Teils</i> .....	281
§ 2 <i>Handlungsvorschläge an den Gesetzgeber</i> .....	282
§ 3 <i>Analyse und Bewertung des § 45b BNatSchG</i> .....	294
Fazit .....	307
Literaturverzeichnis .....	317
Sachregister .....	331

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Inhaltsübersicht .....	VII
Abkürzungsverzeichnis .....	XXI
Einleitung .....	1
1. Teil: Grundlagen und Rechtsquellen .....	9
§ 1 Systematik und Rechtsquellen des europäischen Artenschutzrechts ...	9
I. Rechtsquellen des europäischen Artenschutzrechts .....	9
1. Europäisches Primärrecht .....	9
2. Europäisches Sekundärrecht .....	11
a) Allgemeines .....	12
b) Vogelschutzrichtlinie .....	13
c) FFH-Richtlinie .....	13
II. Leitgedanken und Ziele des EU-Artenschutzrechts .....	14
1. Ziele des EU-Artenschutzrechts .....	14
2. Das Schutzsystem des EU-Artenschutzrechts .....	16
a) Der Begriff „Schutzsystem“ in den Richtlinien .....	16
b) Inhalt des strengen Schutzsystems .....	17
§ 2 Systematik und Rechtsquellen des deutschen Artenschutzrechts ....	19
I. Rechtsquellen des deutschen Artenschutzrechts .....	19
1. Das Artenschutzrecht als Teil des Umweltverfassungsrechts ....	19
a) Art. 20a GG als Staatszielbestimmung .....	20
b) Der gegenständliche Schutzbereich des Art. 20a GG .....	21
aa) Der Begriff „Natürliche Lebensgrundlagen“ .....	22
bb) Schutzauftrag „auch in Verantwortung für künftige Generationen“ .....	22
c) Der materielle Inhalt des Schutzauftrags gemäß Art. 20a GG .....	23
aa) Optimierungsgebot und Problem des Schutzniveaus ....	24
bb) Verschlechterungsverbot .....	25

d) Vorrangige Handlungspflicht des Gesetzgebers .....	26
2. Rechtsquellen im förmlichen deutschen Recht .....	27
a) Gesetzgebungskompetenzen .....	28
b) Die artenschutzrechtlichen Vorschriften im BNatSchG .....	28
aa) Der Artenschutz in den Allgemeinen Vorschriften des BNatSchG .....	28
bb) Die §§ 37 ff. BNatSchG als zentrale Regelungen des deutschen Artenschutzes .....	29
(1) Allgemeine Vorschriften zum Artenschutz und allgemeines Artenschutzrecht, §§ 37 ff. BNatSchG .....	29
(2) Besonderes Artenschutzrecht, §§ 44 ff. BNatSchG ...	30
c) Das Verhältnis von europäischem und deutschem Artenschutzrecht .....	31
3. Leitgedanken und Ziele des deutschen Artenschutzes .....	33
4. Verwaltungsvorschriften im Artenschutzrecht – die Windenergie- erlasse und Artenschutzleitfäden der Bundesländer .....	35
II. Die Systematik des deutschen Artenschutzes .....	36
1. Allgemeines Artenschutzrecht (§§ 39 ff. BNatSchG) .....	37
2. Besonderes Artenschutzrecht (§§ 44 ff. BNatSchG) .....	37
§ 3 <i>Das Vorsorgeprinzip und das Nachhaltigkeitsprinzip sowie deren     Bedeutung für das besondere Artenschutzrecht</i> .....	39
I. Das Vorsorgeprinzip – Kodifikation, Rechtsfigur und Inhalt .....	39
1. Das Vorsorgeprinzip in Verfassungs- und Europarecht .....	39
2. Schutzbereich, Inhalt und Grenzen des Vorsorgeprinzips .....	40
a) Schutzbereich und Inhalt .....	40
b) Grenzen des Vorsorgeprinzips .....	42
c) Das Vorsorgeprinzip im Europäischen Recht .....	43
II. Der Nachhaltigkeitsgrundsatz .....	44
1. Rechtsnatur und rechtliche Funktionsweise .....	44
2. Inhalt und Bedeutung .....	45
III. Vorsorgeprinzip und Nachhaltigkeitsgrundsatz im besonderen Artenschutzrecht .....	47
§ 4 <i>Klimaschutz und der Ausbau erneuerbarer Energien</i> .....	49
I. Das Klimaschutzrecht des Bundes und die Notwendigkeit des Ausbaus erneuerbarer Energien – am Beispiel der Windenergie an Land .....	49
1. Die Klimaschutzziele im internationalen und deutschen Recht .....	49
a) Das UN-Klimaübereinkommen von Paris .....	51
b) Der Klimaschutz auf europarechtlicher und verfassungsrechtlicher Ebene .....	52
aa) Das Schutzgut „Klima“ .....	52
bb) Klimaschutz im Europäischen Recht – ein Überblick ...	53

## Inhaltsverzeichnis

XI

(1) Der Klimaschutz im europäischen Primärrecht . . . . .	53
(2) Die Umsetzung des UN-Klimaübereinkommens durch das Sekundärrecht der Europäischen Union	54
cc) Art. 20a GG als Staatszielbestimmung für den Klimaschutz . . . . .	55
dd) Staatliche Pflicht zu aktivem Klimaschutz aus Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG . . . . .	56
2. Klimaschutz im deutschen Recht – ein Überblick über die Ziele und Instrumente des KSG . . . . .	57
a) Ziel und Zweck des KSG . . . . .	57
b) Inhalt des KSG – Klimaschutzziele und Klimaschutz maßnahmen . . . . .	58
II. Der Ausbau erneuerbarer Energien als wesentlicher Bestandteil der Klimaschutzstrategie – Eine Analyse der Notwendigkeit des Ausbaus erneuerbarer Energien . . . . .	59
1. Die Förderung des Ausbaus erneuerbarer Energien in der europäischen und deutschen Gesetzgebung . . . . .	61
a) Die Förderung des Ausbaus erneuerbarer Energien im europäischen Recht . . . . .	61
aa) Der Ausbau erneuerbarer Energien im EU-Primärrecht	61
bb) Die Erneuerbare-Energien-Richtlinie – ein Kurzüberblick . . . . .	62
b) Der Ausbau erneuerbarer Energien als verfassungsrechtlicher Handlungsauftrag aus Art. 20a GG . . . . .	63
c) Das EEG als einfachgesetzliche Grundlage zur Förderung des Ausbaus erneuerbarer Energien . . . . .	65
d) Wachsende Bedeutung der erneuerbaren Energien durch das EEG 2023 . . . . .	67
2. Klimaschutz durch den Ausbau erneuerbarer Energien – eine Analyse unter Beachtung des Nachhaltigkeitsgrundsatzes	69
a) Der Ausbau erneuerbarer Energien als wesentliches Instrument zur Erreichung der Klimaschutzziele . . . . .	69
b) Die Bedeutung des Nachhaltigkeitsgrundsatzes im Klima- schutzrecht und dem Recht der erneuerbaren Energien . . . . .	70
3. Die Bedeutung der Windenergie an Land für die Erreichung der deutschen Klimaschutzziele . . . . .	72

2. Teil: Das artenschutzrechtliche Tötungsverbot bei der Genehmigung von Windenergieanlagen .....	75
§ 1 Einführung und Problemstellung .....	75
§ 2 Verfahrensrechtliche Aspekte und Umweltverträglichkeitsprüfung ...	78
I. Genehmigungspflicht und Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen nach dem BImSchG .....	79
II. Das artenschutzrechtliche Tötungsverbot in der Umweltverträglichkeitsprüfung von Windenergieanlagen .....	80
1. Die Umweltverträglichkeitsprüfung für Windenergieanlagen – Rechtsgrundlagen und Durchführungspflicht .....	81
a) Rechtsgrundlagen der Umweltverträglichkeitsprüfung .....	81
b) Zuständige Behörde für die Durchführung der Umweltverträglichkeitsprüfung und der UVP-Vorprüfung .....	82
c) UVP-Pflicht von Windenergieanlagen nach § 6 UVPG .....	83
2. Die UVP-Vorprüfung bei Errichtung und Betrieb von Windenergieanlagen .....	84
a) Pflicht zur Durchführung einer UVP-Vorprüfung .....	84
b) Die allgemeine und die standortbezogene UVP-Vorprüfung .....	85
c) Überblick über Funktion und Durchführung der UVP-Vorprüfung .....	86
3. Funktion der Umweltverträglichkeitsprüfung für das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren von Windenergieanlagen .....	88
a) Sinn und Zweck der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung .....	88
aa) Die Schutzgüter der Umweltverträglichkeitsprüfung ...	88
bb) Die Umweltverträglichkeitsprüfung als integratives und medienübergreifendes Verfahrensinstrument .....	89
b) Auswirkungen der Umweltverträglichkeitsprüfung auf die immissionsschutzrechtliche Genehmigungsentscheidung ...	90
4. Das Verfahren über die Umweltverträglichkeitsprüfung nach der 9. BImSchV – ein Überblick .....	92
5. Das artenschutzrechtliche Tötungsverbot als Gegenstand der Umweltverträglichkeitsprüfung von Windenergieanlagen .....	93
a) Das artenschutzrechtliche Tötungsverbot in der UVP-Vorprüfung .....	93
aa) Allgemeine UVP-Vorprüfung .....	94
bb) Standortbezogene UVP-Vorprüfung .....	95
(1) Grundsätzlich keine Prüfung artenschutzrechtlicher Belange .....	95
(2) Ausnahme: Faktische Vogelschutzgebiete .....	97
b) Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Schutzmaßnahmen im Rahmen des § 7 Abs. 5 S. 1 UVPG? .....	100

c) Das artenschutzrechtliche Tötungsverbot im Verfahren über die Umweltverträglichkeitsprüfung .....	101
§ 3 <i>Rechtsdogmatische Einordnung des artenschutzrechtlichen Tötungsverbots und Regelungssystematik der §§ 44 ff. BNatSchG ...</i>	104
I. Das Regelungssystem der Zugriffsverbote des besonderen Artenschutzrechts (§§ 44, 45 BNatSchG) .....	104
II. Rechtsdogmatische Einordnung des artenschutzrechtlichen Tötungsverbots – materielle Zulassungsvorschrift und ordnungsrechtliches Instrument? .....	105
1. Das Tötungsverbot als Vorschrift des materiellen Ordnungsrechts – repressive Funktion des Tötungsverbots .....	106
2. Das Tötungsverbot als materielle Zulassungsvorschrift – präventive Funktion des Tötungsverbots .....	108
a) Funktion des Tötungsverbots als materielle Zulassungsvorschrift in Deutschland durch den Einfluss des europäischen Rechts – das europäische Verständnis des Tötungsverbots .....	108
b) Das Tötungsverbot als materielle Zulassungsnorm mit präventiver Schutzfunktion als Resultat der Zugrundelegung des Vorsorgeprinzips .....	112
§ 4 <i>Anwendungsbereich und Tatbestandsvoraussetzungen des Tötungsverbots mit Fokus auf die Errichtung und den Betrieb von Windenergieanlagen .....</i>	113
I. Gegenständlicher Anwendungsbereich des artenschutzrechtlichen Tötungsverbots .....	115
1. Allgemeiner gegenständlicher Anwendungsbereich – die von § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG geschützten Arten .....	115
2. Windenergiesensible Vogelarten als Mittelpunkt der Prüfung des Tötungsverbots im Genehmigungsverfahren von Windenergieanlagen .....	116
II. Die Tatbestandsvoraussetzungen des artenschutzrechtlichen Tötungsverbots .....	119
1. Der individuenbezogene Schutz des § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG	119
2. Das Fehlen subjektiver Tatbestandsmerkmale – eine Abweichung von den unionsrechtlichen Tötungsverboten .....	121
§ 5 <i>Die Sachverhaltsermittlung bei der Prüfung des artenschutz- rechtlichen Tötungsverbots im Genehmigungsverfahren von Windenergieanlagen .....</i>	122
I. Der Untersuchungsgrundsatz im Verwaltungsverfahren – ein Überblick .....	122
II. Die artenschutzrechtliche Sachverhaltsermittlung im Genehmigungsverfahren von Windenergieanlagen .....	124

1. Rechtliche Anforderungen an die Sachverhaltsermittlung zur Prüfung des artenschutzrechtlichen Tötungsverbots im Genehmigungsverfahren .....	124
a) Keine Übertragbarkeit habitatschutzrechtlicher Standards .....	125
b) Die Sachverhaltsermittlung im Artenschutzrecht .....	126
aa) Gegenstand der artenschutzrechtlichen Sachverhaltsermittlung .....	127
bb) Bestandserfassung der in der Umgebung der Windenergieanlage angesiedelten Arten .....	128
2. Die Sachverhaltsermittlung in den Windenergieerlassen und Artenschutzleitfäden der Länder – am Beispiel des BayWEE ....	131
a) Relevanzprüfung – Abschichtung der im Einzelfall betroffenen Arten .....	132
b) Bestanderfassung vor Ort .....	133
3. Fazit und Kritik .....	134
<i>§ 6 § 44 Abs. 5 S. 2 Nr. 1 BNatSchG als Einschränkung des Tatbestands des artenschutzrechtlichen Tötungsverbots – eine Darstellung des Signifikanzkriteriums .....</i>	<i>136</i>
I. Hintergrund der Entwicklung der Tatbestandseinschränkung des § 44 Abs. 5 S. 2 Nr. 1 BNatSchG und dessen sachlicher Anwendungsbereich .....	137
1. Sinn und Zweck einer Einschränkung des Tötungsverbots .....	137
2. Der Anwendungsbereich des § 44 Abs. 5 S. 2 Nr. 1 BNatSchG ...	141
a) Windenergieanlagen als Teil des Anwendungsbereichs .....	141
b) Die der Signifikanzprüfung unterfallenden Arten .....	142
II. Kriterien zur Prüfung „signifikante Erhöhung des Tötungsverbots“ – zugleich eine Darstellung der höchstrichterlichen Rechtsprechung .....	143
1. Anforderungen der höchstrichterlichen Rechtsprechung an die „signifikante Erhöhung des Tötungsrisikos“ .....	143
a) Kriterien für die Prüfung der „signifikante Erhöhung des Tötungsrisikos“ .....	143
aa) Der Maßstab für die Ermittlung des Grundrisikos .....	144
bb) Kriterien für die Ermittlung einer grundsätzlichen Risikoerhöhung durch den Betrieb einer Windenergieanlage .....	147
cc) Anforderungen an die Signifikanz der Erhöhung des Tötungsrisikos .....	149
(1) Kriterien für die Prüfung der Signifikanz einer Erhöhung des Tötungsrisikos („besondere Umstände“) .....	150
(a) artspezifische Verhaltensweisen .....	152



(b) häufige Frequentierung des Vorhabengebietes (nahe gelegene Nahrungshabitate und Brutstätten) .....	152
(c) Weitere Kriterien in Zusammenhang mit der Biologie der Art .....	154
(2) Bewertungsmaßstäbe für die Bestimmung der „Signifikanz“ .....	155
(a) Maßstab für die Bestimmung der „Signifikanz“ .....	155
(b) Umgang mit bereits bestehenden Risiken durch Bestandsanlagen im Umfeld der geplanten Neuanlage .....	158
b) Ausschluss einer signifikanten Erhöhung des Tötungsverbots durch Schutzmaßnahmen (§ 44 Abs. 5 S. 2 Nr. 1 Hs. 2 BNatSchG) .....	160
aa) Bedeutung von Schutzmaßnahmen bei der Genehmigung von Windenergieanlagen .....	160
bb) Beispiele für Schutzmaßnahmen in Zusammenhang mit der Errichtung und dem Betrieb von Windenergieanlagen .....	163
(1) Schutzmaßnahmen im BayWEE .....	163
(2) Schutzmaßnahmen nach § 45b Abs. 6 BNatSchG ...	165
(3) Monitoring zur Erfolgskontrolle der Schutzmaßnahmen .....	167
2. Die naturschutzfachliche Einschätzungsprerogative und ihre Abschaffung durch das BVerfG .....	169
a) Die naturschutzfachliche Einschätzungsprerogative – Zusammenfassung und Hintergrund .....	169
aa) Hintergründe für die Zuerkennung einer naturschutzfachlichen Einschätzungsprerogative durch die Rechtsprechung .....	169
bb) Inhalt der naturschutzfachlichen Einschätzungsprerogative und Auswirkungen auf die gerichtliche Kontrolldichte .....	170
b) Die Entscheidung des BVerfG – die „Abschaffung“ der naturschutzfachlichen Einschätzungsprerogative .....	173
c) Die rechtspraktischen Konsequenzen der Entscheidung des BVerfG – die verbleibende gerichtliche Kontrolldichte ....	177
d) Ausblick: Handlungsauftrag an den Gesetzgeber .....	180
III. Bedeutung naturschutzfachlicher Arbeitshilfen bei der Anwendung des Signifikanzkriteriums – das Problem fehlender allgemeiner Standards und Methoden .....	181
1. Fehlende allgemein anerkannte naturschutzfachliche Standards und Methoden .....	182

2. Die Bedeutung naturschutzfachlicher Arbeitshilfen .....	185
3. Beispielhafte Darstellung bedeutender naturschutzfachlicher Arbeitshilfen .....	186
a) Der Mortalitäts-Gefährdungs-Index (MGI) .....	186
aa) Inhalt .....	186
bb) Rezeption in der Rechtsprechung .....	188
b) Das Helgoländer Papier .....	188
aa) Inhalt und Rezeption in der Rechtsprechung .....	188
bb) Kritik .....	191
IV. Das Signifikanzkriterium in der bayerischen Verwaltungspraxis – eine Betrachtung des BayWEE .....	193
1. Der BayWEE als Grundlage der Verwaltungspraxis in Bayern .....	194
a) Rechtliche Bedeutung als antizipiertes Sachverständigengutachten .....	194
b) Inhaltliche Vorgaben für die Prüfung des Tötungsverbots .....	195
2. Kritische Würdigung der Vorgaben des BayWEE .....	198
V. Zusammenfassung und Bewertung .....	200
§ 7 <i>Verfassungswidrigkeit des § 44 Abs. 5 S. 2 Nr. 1 BNatSchG wegen Verstoßes gegen den allgemeinen Parlamentsvorbehalt?</i> .....	208
I. Der allgemeine Parlamentsvorbehalt und die Wesentlichkeitstheorie .....	209
1. Verfassungsrechtliche Verankerung des allgemeinen Parlamentsvorbehalts .....	209
2. Inhalt des allgemeinen Parlamentsvorbehalts unter Zugrundelegung der Wesentlichkeitstheorie des BVerfG .....	210
3. Umfang des allgemeinen Parlamentsvorbehalts .....	212
a) Anforderungen an die gesetzliche Regelungsdichte .....	212
b) Konkretisierung der Regelungsdichte durch das Bestimmtheitsgebot .....	213
c) Grenzen der Bestimmtheitsanforderungen .....	214
d) Kein Ausschluss unbestimmter Rechtsbegriffe .....	215
II. Vereinbarkeit des § 44 Abs. 5 S. 2 Nr. 1 BNatSchG mit dem allgemeinen Parlamentsvorbehalt? .....	216
1. § 44 Abs. 5 S. 2 Nr. 1 BNatSchG als wesentliche Vorschrift im Sinne der Wesentlichkeitstheorie .....	217
a) Grundrechtsrelevanz für die Berufsfreiheit von Vorhabenträgern .....	217
b) Erhebliche Bedeutung für Staat und Gesellschaft .....	220
aa) Erhebliche Bedeutung aus Gründen des Artenschutzes .....	221
bb) Erhebliche Bedeutung aus Gründen des Klimaschutzes .....	222
2. Vereinbarkeit der Signifikanzprüfung mit dem allgemeinen Parlamentsvorbehalt unter Würdigung des Bestimmtheitsgebots .....	224

a)	Anforderungen an die inhaltliche Bestimmtheit des § 44 Abs. 5 S. 2 Nr. 1 BNatSchG .....	226
aa)	Bewertung des Maßes der Wesentlichkeit und der Intensität des § 44 Abs. 5 S. 2 Nr. 1 BNatSchG .....	226
	(1) Quantitative Bewertung der Wesentlichkeit .....	226
	(2) Qualitative Bewertung der Wesentlichkeit anhand der Grundrechtsintensität .....	229
bb)	Relativierung aufgrund fehlender allgemein anerkannter Standards und Methoden .....	230
b)	Vereinbarkeit des § 44 Abs. 5 S. 2 Nr. 1 BNatSchG mit den Anforderungen des Bestimmtheitsgebots? .....	233
aa)	Ausreichende Bestimmtheit der „signifikanten Erhöhung des Tötungsrisikos“ durch Auslegung des § 44 Abs. 5 S. 2 Nr. 1 BNatSchG? .....	234
bb)	Hinzuziehung der langjährigen Rechtsprechung des BVerwG .....	235
cc)	Stellungnahme .....	238
	(1) Stellungnahme im Hinblick auf die gesetzliche Lage vor Einführung des § 45b BNatSchG .....	238
	(2) Änderungen an der verfassungsrechtlichen Bewertung durch Einführung des § 45b BNatSchG .....	244
§ 8	<i>Windenergieanlagen im Rahmen der Ausnahmegründe des § 45 Abs. 7 BNatSchG</i> .....	247
I.	Ausnahmegründe des § 45 Abs. 7 S. 1 Nr. 4 BNatSchG .....	248
1.	Maßgeblich günstige Auswirkungen auf die Umwelt (Alt. 5) ...	249
2.	Gesundheit des Menschen (Alt. 1) .....	251
3.	Öffentliche Sicherheit (Alt. 2) .....	253
a)	Definition der „öffentlichen Sicherheit“ im Sinne des § 45 Abs. 7 BNatSchG .....	253
b)	Errichtung und Betrieb einer Windenergieanlage im Interesse der öffentlichen Sicherheit .....	256
aa)	Grundinteresse der Gesellschaft an Windenergieanlagen .....	256
bb)	Abwehr einer tatsächlich vorliegenden schweren Gefährdung .....	257
cc)	Windenergieanlagen als bedeutende Infrastrukturvorhaben .....	261
II.	Ausnahmegrund des § 45 Abs. 7 S. 1 Nr. 5 BNatSchG .....	262
1.	Anwendbarkeit auf europäische Vogelarten? .....	263
a)	Keine Europarechtswidrigkeit des § 45 Abs. 7 S. 1 Nr. 5 BNatSchG .....	263
b)	Rechtliche Konsequenz aus dem Fehlen des Ausnahmegrundes im Wortlaut der Vogelschutzrichtlinie ...	267

2. Errichtung und Betrieb einer Windenergieanlage als zwingender Grund des öffentlichen Interesses? .....	270
a) Öffentliches Interesse .....	271
b) Zwingender Grund .....	273
c) Ortsbezug als ungeschriebenes Tatbestandsmerkmal? .....	275
III. Einzelfallabwägung .....	277
IV. Zusammenfassung und Ausblick .....	279
 3. Teil: Handlungsmöglichkeiten des Gesetzgebers .....	 281
§ 1 Ziel dieses Teils .....	281
§ 2 Handlungsvorschläge an den Gesetzgeber .....	282
I. Materiell-rechtliche Standardisierung .....	282
1. Standardisierung und Operationalisierung des Tötungsverbots .....	282
a) Maßstab .....	283
b) Notwendige Inhalte für eine erfolgreiche Standardisierung .....	283
c) Geeignetes Mittel für eine Standardisierung .....	287
2. Standardisierung von Schutzmaßnahmen .....	289
3. Ausnahmeregelung des § 45 Abs. 7 BNatSchG .....	290
a) Ausdrückliche Festlegung von Ausnahmegründen für Windenergieanlagen .....	290
b) Kein Ausweg über eine ständige Ausnahmeerteilung .....	291
II. Bundesgesetzliche Vorgaben für die Sachverhaltsermittlung .....	292
§ 3 Analyse und Bewertung des § 45b BNatSchG .....	294
I. Aufbau und systematische Stellung .....	296
1. Vorgaben für die Signifikanzprüfung .....	296
2. Vorgaben für die artenschutzrechtliche Ausnahme .....	296
3. Systematische Stellung in § 45b BNatSchG .....	296
II. Auswirkungen auf die Prüfung des Tötungsverbots bei der Genehmigung von Windenergieanlagen .....	298
1. Anwendungsbereich .....	298
2. Die Vorgaben zur Signifikanzprüfung und deren Auswirkung auf die Prüfung des § 44 Abs. 5 S. 2 Nr. 1 BNatSchG .....	299
a) Vorgaben für die Signifikanzprüfung .....	300
aa) Prüfungsmaßstab (§ 45b Abs. 5 BNatSchG) .....	300
bb) Nahbereich (§ 45b Abs. 2 BNatSchG) .....	300
cc) Prüfbereich (§ 45b Abs. 3 BNatSchG) .....	301
dd) Erweiterter Prüfbereich (§ 45b Abs. 4 BNatSchG) .....	302
b) Bewertung der Vorgaben in § 45b BNatSchG .....	302
aa) Europarechtswidrigkeit einiger Regelungen .....	303
bb) Fehlende Vorgaben zur Sachverhaltsermittlung .....	304
III. Auswirkungen auf die Ausnahmegründe des § 45 Abs. 7 S. 1 BNatSchG .....	305

*Inhaltsverzeichnis*

**XIX**

Fazit .....	307
Literaturverzeichnis .....	317
Sachregister .....	331